A2 02 Nachhaltiges und bezahlbares Wohnen

Gremium:	WK-Schreibgruppe
Beschlussdatum:	11.12.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Beschlussfassung über das Bezirkswahlprogramm 2019

Text

Nachhaltiges und bezahlbares Wohnen

Eine zentrale Aufgabe der Hamburger Bezirkspolitik ist die Stadtentwicklungspolitik.

Durch die Festlegung von Bebauungsplänen nehmen wir Einfluss darauf, wo Wohnungen und Gewerbe entstehen, wie hoch gebaut und wie die soziale Infrastruktur gestaltet wird. Wir sehen es als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, die wachsende Stadt lebenswert und ökologisch zu gestalten.

Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren gemeinsam in Bezirksversammlungen und Bürgerschaft für mehr sozialen Wohnraum gekämpft. Dadurch konnte erreicht werden, dass der Bau von Sozialwohnung jährlich von 2000 auf 3000 Wohneinheiten gesteigert wurde. In diesem Zusammenhang konnten wir auch erreichen, dass Baugemeinschaften und alternativen Wohnprojekte stärker gefördert werden.

Der gesellschaftliche Wandel kann nur mit starken Nachbarschaften funktionieren. Mit generationenübergreifendem Wohnen können wir ein solidarisches und verantwortungsvolles Miteinander ermöglichen.

Einerseits werden die neuen Wohnungen dringend gebraucht. Aber statt immer mehr Frei- und Grünflächen zu opfern, wollen wir GRÜNE die vorhandenen Areale intelligenter nutzen. Die wachsende Stadt lebenswert und ökologisch zu gestalten sehen wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre an. Wohnen muss bezahlbar sein, für alle Menschen unseres Bezirks. Dafür kämpfen wir! Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass die heutigen Bauprojekte nachhaltig und sozial ausgewogen sind, denn sie prägen das Stadtbild auf Jahrzehnte.

Neuen Wohnraum schaffen

Wir haben in allen Stadtteilen sehr viele neue Wohnungen geschaffen, für Geförderte, Baugemeinschaften, Familien, Auszubildende und Studierende. Damit Wohnen für alle bezahlbar ist, setzen wir uns weiterhin für deutlich mehr geförderten und günstigen Wohnraum ein. Dies möchten wir auch erreichen, indem wir mehr Bauprojekte von Baugemeinschaften und Genossenschaften sowie alternative Wohnprojekte ermöglichen. Auf diese Weise fördern wir auch bezahlbares Eigentum. Mit einem Hotelrahmenplan verhindern wir dagegen den Bau weiterer Hotels.
Außerdem können bisher ungewöhnliche Flächen neuen Raum für den Wohnungsbau schaffen, zum Beispiel die Kombination von Supermarkt- und Kleingewerbegrundstücken mit Wohnungsbau ab dem ersten Obergeschoss. Um herauszufinden, ob am Billeufer attraktive und ökologisch wertvolle Wohnmöglichkeiten geschaffen werden können, möchten wir eine Machbarkeitsstudie zur Deckelung der B5 durchführen. Bestehende Gewerbeflächen sollen auf ihre wirtschaftlichen und ökologischen Wirkungen geprüft werden, um neue Wohnungsbauflächen an Elbe und Bille zu erschließen.

Bis zum Jahr 2030 sollen im Bezirk Mitte 20 000 neue Wohnungen entstehen mit mindestens einem Drittel geförderten Wohnungen. Diese geplanten Wohnungen verteilen sich über alle Stadtteile in Mitte mit Schwerpunkten in Hammerbrook (ca. 3 000 Wohnungen), Billstedt (ca. 2 700 Wohnungen) und Hamm, Horn, Borgfelde und Rothenburgsort (ca. 3 700 Wohnungen).
Bei der Bauweise haben wir bereits durchgesetzt, dass vielerorts energieeffizient, nachhaltig und platzsparend gebaut wurde. Wir fördern die regenerative Energieversorgung und setzen uns für den Ausbau und Anschluss der Wärmenetze ein. Diese Ansprüche sowie Ausgleichsmaßnahmen, wenn Grünflächen verschwinden, sind unsere Ziele für die nächsten fünf Jahre, um unsere grüne Stadt zu erhalten und lebendige Quartiere zu gestalten.

Wohnen muss bezahlbar sein

Die Höhe der Mieten ist in ganz Hamburg ein Problem. Wir kämpfen dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar ist und setzen uns für die konsequente Anwendung aller Instrumente gegen Mietsteigerungen und Luxussanierungen ein.
In der Innenstadt, auf St. Pauli und in St. Georg fordern wir 50 % geförderten Wohnungsbau sowie eine Sozialbindung des geförderten Wohnungsbaus für mindestens 30 Jahre. Städtische Flächen sollen nicht mehr verkauft, sondern durch Erbbaurecht vergeben werden. Damit kann die Stadt den Erbbauberechtigten zu einer bestimmten Bebauung des Grundstücks verpflichten und behält das Eigentum am Grundstück. Auf diese Weise kann die Stadt Bodenspekulationen Einhalt gebieten.
In St. Georg, St. Pauli und in der Neustadt haben wir uns für die Einführung der sozialen Erhaltensverordnungen eingesetzt und diese erreicht. Damit können wir der Verdrängung der Anwohner*innen durch Modernisierungs- und Umwandlungsmaßnahmen entgegenwirken. Auf St. Pauli und in der Neustadt haben wir dafür gesorgt, dass die Stadt ihr Vorkaufsrecht ausübt, damit die Vorgaben der sozialen Erhaltensverordnung eingehalten werden .Fürs Reiherstiegviertel und für Borgfelde/Hamm unterstützen wir die Einführung solcher Erhaltensverordnungen, die derzeit bereits geprüft wird. Mit der Ersatzvornahme können wir Vermieter*innen dazu zwingen, Wohnungen zu sanieren und nicht auf die Verdrängung der Mieter*innen zu setzen, wie wir das in Hamm erwägen.

Stadtentwicklung: Bürger*innenbeteiligung und Infrastruktur

Stadtentwicklung geht alle an – daher setzen wir auf eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung bei der Planung neuer Quartiere. Gute Ergebnisse haben wir damit bei der Entwicklung des Palomaquartiers, der Bebauungspläne in Wilhelmsburg sowie bei der Sanierung des Billstedter Zentrums gemacht. Wir fordern, dass die Bürger*innen auch bei der Entwicklung des Kleinen Grasbrooks umfassend einbezogen und beteiligt werden.
Wo neue Wohnungen entstehen, steigt auch der Bedarf an sozialer Infrastruktur. Wir drängen darauf, dass ausreichend Schulen, Kitas, Jugendclubs, Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten, Senior*innentreffs und Sportflächen eingerichtet werden. Verwaltungsstandorte sollen in allen Stadtteilen, gerade aber auch in sozial benachteiligten Quartieren gut erreichbar sein.